

Vor 25 Jahren: Reaktorkatastrophe von Tschernobyl „Kreis Celle gibt Entwarnung“

Am 26. April 1986 schmelzen in einem Block des AKW Tschernobyl Brennstäbe. Der Super-GAU ist da und mit ihm eine radioaktive Wolke aus der Ukraine, die am 1. Mai Westdeutschland erreicht. Von Tag zu Tag steigen die Becquerel-Werte in der Luft und im Boden, im Salat und in der Milch. Die CDU/FDP-Bundesregierung flüchtet sich in Verharmlosung und schiebt die Unfallursache einem »sowjetischen Schlendrian« zu. Aber dass ein GAU in 1400 km Entfernung zur Folge hat, dass in Deutschland Gemüse aus dem eigenen Garten nicht mehr gegessen werden kann und Kindern das Spielen in der Sandkiste verboten werden muss, führt zu einem tiefgreifenden Einschnitt in der gesellschaftlichen Haltung zur Atomenergie.

Bundesweit kommt es zu unzähligen kleinen und großen Protestaktionen, neue Anti-AKW-Gruppen entstehen. Die SPD - als die Partei, die in ihrer Regierungszeit den Ausbau der Atomenergie forciert hatte - beschließt einen Ausstieg aus der Atomenergie binnen 10 Jahren (nach Regierungsantritt). Auch zahlreiche Gewerkschaften und kirchliche Gremien befürworten nun den Ausstieg aus der Atomenergie. Seitdem gibt es in Umfragen eine konstante Mehrheit für einen Ausstieg aus der Atomenergie. Und wenn heute - 25 Jahre danach - die Bündnisgrünen eine bisher ungekannte Zustimmung erfahren, so hängt dies unmittelbar zusammen mit der von CDU/FDP beschlossenen AKW-Laufzeitverlängerung, die der Katastrophenerfahrung von Tschernobyl so diametral widerspricht.

Die erste lokale Reaktion auf die Katastrophe spielt sich in Celle auf einem ungewöhnlichen Terrain ab: dem Fußballplatz. Am Sonntag, den 4. Mai, erklärt noch vor Beginn des Punktspiels zwischen SSV Scheuen und SV Nienhagen der Mannschaftsführer des SVN dem Unparteiischen, dass seine Mannschaft bei Regen nicht mehr weiterspielen würde. Er bezieht sich auf eine Verlautbarung, wonach Kinder nicht auf nassen Rasenflächen spielen sollten, weil der Regen radioaktiv belastet sein könne. Als es kurz vor der Halbzeit zu regnen begann, bleiben die Nienhäger in der Kabine.

Am 7. Mai schaltet die BI Südheide eine Anzeige »Zur Tschernobyl-Katastrophe« in der Celleschen Zeitung: „Was man uns vornehm als 'Restrisiko' verkauft, ist in Wirklichkeit der Unterschied zwischen Tod und Leben für unzählige Menschen und Tiere, die schleichende Aufhebung der Bewohnbarkeit der Erde. [...] Und hinter der staatsmännischen Geste der harte, zynische Vorsatz: Wir machen weiter, was auch geschieht! Und die Komplizenschaft der Mächte: Plutonium muß produziert werden für die Bomben, damit die gemeinsam geteilte Weltherrschaft nicht ins Wanken gerät. [...] Wir fordern den weltweiten Ausstieg aus der Atomwirt-

schaft. Wir fordern eine Politik, die die Anstrengung unternimmt, die angeblichen Sachzwänge zu überwinden und in internationalen Verhandlungen die Ächtung der Kernspaltung - im militärischen wie im zivilen Bereich durchzusetzen, um der Zukunft des Lebens willen! Oder wollen wir auf die nächste Katastrophe warten, die mit Sicherheit eintreten wird - und dann vielleicht bei uns? Es gibt keinen Grund zur Beruhigung!“

Doch die politisch Verantwortlichen sehen das anders. 12 Tage nach der Katastrophe melden sich erstmals Stadt- und Landkreisverwaltung. „Stadt und Kreis Celle geben Entwarnung“, titelt die CZ: „Stadt und Landkreis haben der Verunsicherung der Bevölkerung ein Ende gesetzt. Am vergangenen Montag haben sie damit begonnen, selbst Messungen der sogenannten Kontamination von Luft und Boden durch radioaktive Stoffe (in erster Linie Jod 131) vorzunehmen. [...] Nur der Verzehr von Blattgemüse wie Spinat und Kopfsalat sei noch 'mit Vorsicht zu genießen'. Leitender Kreisverwaltungsdirektor Gerhard Probst, Chef einer kreiseigenen Arbeitsgruppe, und die Vertreter der Stadt Celle stellten übereinstimmend fest, daß die Belastung des Bodens im Bereich von Stadt und Landkreis Celle nach dem derzeitigen Stand wissenschaftlicher Erkenntnisse 'unbedenklich' sei. Sowohl Stadtwerke Celle als auch Wasserversorgungsverband befanden darüber hinaus, von Jod 131 sei das Trinkwasser im Bereich des gesamten Landkreises nicht gefährdet. Wie es allerdings mit Cäsium oder anderen radioaktiven Stoffen, die sich eventuell in der Tschernobyl-Wolke befanden, aussehe, stehe nicht fest.“

In Niedersachsen ist Landtagswahlkampf. Deshalb mischen sich schnell auch die Kandidaten der Parteien in die Diskussion. „Sicherheit entsteht aber nur durch ehrliche Aufklärung!“, meint Rüdiger von Borcke, SPD-



Mahnwache am ersten Jahrestag der Katastrophe 1987.

Landtagskandidat und Vorsitzender des Umweltausschusses des Kreistages gegenüber der CZ (12.05.). Denn in der Tat trägt die Informationspolitik von Regierungen und Behörden erheblich zur Verunsicherung der Bevölkerung bei. Borcke sieht „menschliches Versagen“ und „mangelhafte Sicherheitseinrichtungen“, er will „konkrete Zahlenangaben“. Die gibt der Landkreis: Bei Spinat und Weidegras liegen die gemessenen Werte durchweg erheblich über dem offiziellen Grenzwert von 250 Bq/kg Jod 131. Fritz Riege, der SPD-Landtagskandidat für Celle-Stadt, informiert in einer Wahlanzeige (14.05.): „20-25 % in der Bundesrepublik, 45 % in den USA, 100 % in der UdSSR beträgt die Wahrscheinlichkeit eines Kernschmelzunfalls bis zum Jahr 2000. Darum gehöre ich seit 1977 zur Eppler-Minderheit, die sich für einen geordneten Ausstieg aus der Kernenergie bei sicherer Endlagerung und gegen jede Plutoniumwirtschaft einsetzt.“ Doch – wie er selbst schreibt: In der SPD ist er noch in der Minderheit. Mehrheitlich ist die Parteiführung mit der CDU-Bergen einer Meinung, über deren Veranstaltung mit Kurt-Dieter Grill die CZ (14.04.) titelt: „Tschernobyl ist nicht überall ...“ Grill, umweltpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion aus dem Wendland fordert „internationale Vereinbarungen mit den Staaten des Ostblocks zur Schaffung einer besseren Risikoabsicherung, so wie sie in den Kernkraftwerken der Bundesrepublik schon besteht.“ Und noch ein »umweltpolitischer Sprecher«, Martin Hildebrandt (FDP), meldet sich: „Es müssen energische Schritte unternommen werden, um den Angst- und Panikmachern das Handwerk zu legen, die den Reaktorunfall in der Ukraine zum Anlaß nehmen, die Kernkraft als solche zu verteufeln.“ (Celler Markt, 14.05.)

In Celle aber scheint es öffentliche Angst- und Panikmacher nicht zu geben, denn: Sie kommen in den Lokalmedien nicht vor. Von den Grünen ist auf den Seiten der CZ noch zwei Wochen nach dem GAU nichts zu hören. Was nicht am Kreisverband gelegen haben dürfte, sondern an der strikten Ausgrenzungsstrategie, die bürgerliche Medien im Vorfeld der Niedersachsenwahl praktizieren. Im Bundestag beantragt die Partei am 14. Mai die Stilllegung aller AKW in der Bundesrepublik und fordert einen unverzüglichen Baustopp für alle im Bau befindlichen Atomanlagen.

Die erste Info-Veranstaltung wird von den Grünen initiiert. Am 16. Mai referiert auf Einladung des Kreisverbandes der Soziologe Dietmar Siefert, der aus der alten Bürgerinitiativbewegung kommt. »Konsequenzen aus Tschernobyl« stehen im »Le Bistro« auf der Tagesordnung. Eine Konsequenz dieser Veranstaltung ist die Gründung der »BI Verstrahltes Celler Land?«

Parallel zu dieser Veranstaltung betätigt sich in Winsen/Aller übrigens ein staatlicher Märchenerzähler. Mebus Geyh, Strahlenschutzbeauftragter und Direktor im Niedersächsischen Landesamt für Bodenschutz, spricht auf einer Veranstaltung des »Kulturkreis Winsen«. Der »Experte« scheint nur Jod 131 zu kennen und gibt ent-

sprechende Tipps: „Obst und Gemüse, das konserviert (also etwa eingekocht) werde, könne unbedenklich verwendet werden, wenn man mit dem Verzehr zwei Monate warte.“

Mit einem »Offenen Brief« wendet sich die »BI Verstrahltes Celler Land?« an die Verwaltungschefs von Stadt und Landkreis: „Wir verlangen [...] vorbehaltlose Aufklärung über: - die Höhe der radioaktiven Verseuchung in Celle und Umgebung, - konkrete Verhaltensregeln und Maßnahmen zum Schutz für uns und unsere Kinder, - Schutzmaßnahmen, die auf Grund der neu gewonnenen Meßdaten von der Stadt und dem Landkreis eingeleitet wurden.“

National ist die Losung der AKW-Befürworter_innen klar: „Wenn wir jetzt unsere Kernkraftwerke abschalten würden, dann würden wir die sichersten Kernkraftwerke der Welt abschalten.“ So am 20.5. der Landtagspräsident und CDU-Kandidat Edzard Blanke. Und die Wirtschaft sorgt für eine entsprechende Berichterstattung. In bundesweit geschalteten Anzeigen äußert sich die »Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke e.V.« so: „Der Betrieb der deutschen Kernkraftwerke ist sicherheitstechnisch verantwortbar und für uns als Industrienation unverzichtbar.“ Halbseitig klotzen »Ihre Stromversorger« noch zweimal bis Mitte Juni in der CZ.

Willy Brandt (SPD) erklärt auf seiner Wahlkampftour am 27.05. im Interview mit der CZ: „So absurd es war, auf die Kernenergie als die große Lösung der heutigen Energiefragen zu setzen, so absurd ist es, nun sofort abzuschalten. Das geht nicht.“ Warum, das lässt der Friedensnobelpreisträger offen.

Ganz anderer Meinung ist Rainer Trampert, Bundesvorstandssprecher der Grünen. Er konstatiert auf einer Veranstaltung in Celle am 29. Mai: „Jedes AKW ist eine Kriegserklärung an uns.“ Die »Sofortige Stilllegung aller Atomanlagen« sei unabdingbar und möglich. In die Sozialdemokratie setzt er wenig Hoffnung, ihre Losung sei: »Atomkraft? Nein! Kernenergie? Ja!« Obwohl anwesend, berichtet Tillo Nestmann, CZ-Redakteur, nicht über den eloquenten Vortrag des Vertreters des ökosozialistischen Flügels der Partei.

Im »Celler Markt« erscheint am Tag der Trampert-Veranstaltung die „Abschlußerklärung der Stadtverwaltung: Keine gesundheitsgefährdende radioaktive Belastung für Celle“. Die radiologische Situation in Celle habe zu keiner Zeit ein behördliches Eingreifen erforderlich gemacht. Die Stadt bittet alle, „die in schriftlicher Form mit Auskunftersuchen an sie herangetreten sind, sich mit dieser Erklärung als Beantwortung ihrer Fragen zu begnügen“.

Während überall in Westdeutschland schon kleinere und größere Demonstrationen stattfinden, tut sich die neu gegründete Celler Bürgerinitiative schwer. Erst vier Wochen nach der Katastrophe kommt es am 31. Mai zur ersten öffentlichen Protestmanifestation: Auf der Rathaustreppe sammeln sich im Lauf des Vormittags Sa-

lat, Spinat und andere Gemüse. Mitglieder der »BI Verstrahltes Celler Land?« haben ihre Kleingärten entsorgt. (siehe Foto rechts) Die eingeladene CZ erscheint nicht.

Am selben Samstag findet sich in der CZ eine von rund 500 Unterzeichner_innen finanzierte Anzeige: „Tschernobyl ist vorbei ... / ... Was kommt nun?“ Bei aller unterschiedlichen Einschätzung könne niemand davor die Augen verschließen: „Radioaktivität ist grenzenlos! Luft, Wasser, Erde, Pflanzen und Tiere werden verseucht. Trotz Versprechungen der Experten über verstärkte Vorsorge gilt: Absolute Sicherheit gibt es nicht, weder für Atomreaktoren noch für Endlager von Atommüll. Wir, die unterzeichnenden Frauen und Männer resignieren nicht. Alle haben Möglichkeiten, sich zu Hause, am Arbeitsplatz, in Verbänden, Kirchen und Politik für einen schrittweisen Abbau von Atom-Technologie einzusetzen. Wir können wählen; demnächst in Niedersachsen, Hamburg, Bayern.“ Die Initiatorin, Sabine Seifert, hat ein Konto zur humanitären Hilfe für Betroffene in der Ukraine eröffnet.

In derselben Ausgabe dürfen im Interview mit dem Rechtsaußen-Redakteur Walther Zuzan Mitglieder einer »Liberalen Initiative« für die FDP werben. „Es geht nicht an“, meint die »überzeugte Hausfrau« Brigitte Schwettmann zu Tschernobyl, „daß durch einen solchen Vorfall, der immer wieder passieren kann, auch in der westlichen Welt, immer wieder Leute aufstehen, Meinung machen und die Menschen durcheinanderbringen.“ Man könne doch nicht „holterdipolter“ alles abschalten, „nur weil gerade etwas schiefgegangen ist.“

Hannes Kempmann, vormaliger Sprecher der BI Lüchow-Dannenberg, stellt am 5. Juni als Landtagskandidat auf einer Veranstaltung der Grünen das Ausstiegs-konzept der Partei vor. Der Ausstieg aus der Atomenergie sei machbar, ohne dass die Lichter ausgingen (Überkapazitäten), ohne dass die »Atemnot« käme (Importkohle, Gas u.a.), und ohne dass Arbeitslosigkeit zunehmen müsse (Arbeitsplatzintensive Umsetzung eines alternativen Energiekonzeptes). Politisch müssten die Grünen, wenn dadurch die Stilllegungsforderung umsetzbar werde, für den Fall der gemeinsamen Mehrheit eine Koalition mit der SPD anstreben.

Zwischenzeitlich hat die Bundesregierung mit Walter Wallmann den ersten »Umweltminister« der Republik installiert und Jan Klugkist kommentiert in der CZ: „In Bonn wurden - auch das ist kein Geheimnis - die Ängste der Bevölkerung vor der Kernkraft unterschätzt. Das Informationschaos nach der Katastrophe von Tschernobyl hat nicht dazu beigetragen, diese Ängste abzubauen. Wenige Tage vor der Landtagswahl in Niedersachsen steht zu befürchten, daß nach Lage der Dinge auf der politischen Ebene eigentlich nur die Grünen profitieren. Ein oder zwei Prozentpunkte mehr für sie könnten die Wahl für Ministerpräsident Albrecht negativ entscheiden. Damit hätten wir hessische Verhältnisse, die eigentlich niemand wünschen kann.“

Franz-Josef Strauß (CSU-Chef) darf am 5. Juni wäh-



rend eines Auftritts in Celle gegenüber der CZ die Frage beantworten, warum er den Ausstieg aus der Atomenergie entschieden ablehne. Wer auf AKWs verzichte, begeben sich in Abhängigkeit von Ölliefer-Staaten: „Diese Abhängigkeit haben wir durch Einsparen und Technik überwunden.“ Bei einem Ausstieg stünden wir doch „wieder bei denen vor der Tür als Bittsteller. Heute stehen die als Kunden vor unserer Tür.“

Noch vor Tschernobyl haben die BI Pinneberg, die BUU Hamburg und die Grünen in Schleswig-Holstein beschlossen, eine Woche vor der geplanten Inbetriebnahme des AKW Brokdorf für den 7. Juni zu einer Demonstration aufzurufen, um den Widerstand gegen das AKW weiterhin zu erhalten. Nach Tschernobyl wollen dann neben vielen Bürgerinitiativen alle möglich Gruppen und Parteigliederungen mitmischen, mit dem unerfreulichen Ergebnis, dass es weder über einen Aufruf, noch über den Aktionsrahmen eine Einigung gibt. Zwar machen sich wie 1981 noch einmal über 100.000 Menschen auf nach Brokdorf, aber die Polizei lässt eine Demonstration faktisch nicht zu. Sie treibt am Bauzaun die Kundgebungsteilnehmer_innen mit Tränengas und Knüppeln auseinander. In Kleve stoppt die Polizei den Hamburger Konvoi, der aus rund 100 Bussen und mehreren hundert PKW besteht. Nach einem Scharmützel an der Polizeisperre zerstört die Polizei bei 95 Fahrzeugen Scheiben und Reifen. (Die Protestdemo in Hamburg am Folgetag führt zum berühmt-berüchtigten »Hamburger Kessel«, bei dem Hunderte von Menschen über 12 Stunden von der Polizei eingekesselt werden.)

Aus Celle sind nicht allzu Viele nach Brokdorf gefahren, u.a. weil die neu gegründete »BI – Verstrahltes Celler Land?« sich angesichts der schon im Vorfeld massiven Hetze weder zu einem Aufruf, noch zur Organisation eines Busses entscheiden will. Im Juli-Heft des »Celler Zündel« aber erscheint ein Erlebnis- und Auswertungsbericht einer »alten AKW-Gegnerin«, die für sich und andere festhält: „So nicht mehr – lautet das Resümee für viele der Demonstrant/en/innen am 7.6. in Brokdorf? Aber wie? Zu Hause bleiben nächstes Mal, mit der Überzeugung, eigentlich der zunehmenden Militanz des Staates etwas entgegensetzen zu müssen?! Wieder über Wiesen latschen, lasche Reden anhören und sich dafür verprügeln/vergiften lassen!? Andere Aktionsformen gegen Politiker/innen, Betreiber und deren Institutionen suchen? Die Wut 'rauslassen als »gewalttätige/r Chaot/in« am AKW-Zaun, immer die Ziel- und Sinnlosigkeit der meisten dieser Aktionen im Kopf?“ Und ein anderer Teilnehmer ist fassungslos angesichts der „Kriegserklärung dieses Staates an die Bürger/innen durch die Polizei. Polizeiterror, generalstabsmäßig, geplant, vorbereitet und durchgezogen.“

Die »Bürgerinitiative Südheide« verkündet in einer CZ-Anzeige am Demosamstag: „Der Ausstieg ist möglich!“: „[...] Die nächste Atomkatastrophe kommt bestimmt, wenn wir nicht aufhören - und dann vielleicht bei uns! Aber die Verantwortlichen in Bund und Ländern lassen keinen Zweifel an der eigenen Allmacht und Vollkommenheit erkennen. Sie handeln nach der Devise: Augen zu und durch! Das muß ein Ende haben! Wir fordern den schnellstmöglichen Ausstieg aus der Atomwirtschaft! Er ist wirtschaftlich möglich, politisch notwendig und moralisch geboten! Er ist jetzt durchsetzbar!“ Unterzeichnet ist die Anzeige u.a. vom SPD-Unterbezirksvorsitzenden Carl-Bertil Schwabe und vom Landtagskandidaten Dr. Rüdiger von Borcke (SPD).

Brokdorf bringt die Erfahrung, dass der westdeutsche Atomstaat mit Demonstrationen nicht zu einem Ausstieg zu bewegen ist. Die eine Woche darauf stattfindende Landtagswahl lehrt darüber, dass Wahlen nichts ändern (denn – wie Anarchist_innen zu bemerken pflegen - „Sonst wären sie verboten“). Sicherlich haben viele besorgte Menschen, gerade auch aus dem Umfeld der »BI Verstrahltes Celler Land?« auf ein Wahlergebnis gehofft, dass ein deutliches Signal für den „schrittweisen Abbau von Atomtechnologie“ bringen würde. Das Medien-Sperrfeuer gegen die Grünen bewirkt ein anderes Ergebnis. Die CDU erreicht 44,3 % der abgegebenen, gültigen Stimmen (- 6,4 %-Punkte) und kann mit der FDP, die ihr Ergebnis minimal auf 6,0 % ausbaut (+ 0,1 %), die Regierung bilden. Die Schröder-SPD gewinnt 5,6 %-Punkte und kommt auf 42,1 %; die GRÜNEN legen gerade einmal um 0,6 %-Punkte auf 7,1 % zu.

Ernüchterung auf allen Ebenen ist die Folge – zwar gibt es am 13. September noch ein von einem breiten Bündnis getragenes Anti-AKW-Fest im Französischen Garten, das von einigen hundert Menschen besucht

wird. Aber auch hier zeigt sich, wie schwer eine Zusammenarbeit der »alten« mit den »neuen« AKW-Gegner_innen ist. Zwar gibt es eine knackige »Gemeinsame politische Erklärung«, aber auf der anderen Seite auch den nicht mehrheitsfähigen Wunsch, auf dem Fest mit der Gewerkschaft der Polizei über Gewalt zu reden.

Die dem Spektrum der so genannten »Bequerel-Initiativen« zuzurechnende »BI – verstrahltes Celler Land?« löst sich nach wenigen Monaten auf. Von Seiten der alten Anti-AKW-Bewegung wird keine neue Bürgerinitiative aufgebaut; die Aktivitäten gegen die WAA Wackersdorf werden vor allem aus dem autonomen Spektrum unterstützt. Kontinuität entfaltet einzig der Initiatorenkreis für die erste große Tschernobyl-Zeitungsanzeige; hieraus erwächst die »Energiewende-Gruppe«, die in den ersten Jahren nach der Katastrophe vor allem im kirchlichen Milieu für den Ausstieg aus der Atomenergie wirbt. Für die »BI Südheide« gehört seit 1986 die Arbeit für die Opfer von Tschernobyl zu ihren kontinuierlichen Aktivitäten, z.B. durch die Organisation von Hilfslieferungen und Ferienaufenthalten von Kindern aus der Umgebung von Tschernobyl.

So lässt sich für Celle eine ähnliche Struktur und Entwicklung aufzeigen wie für das ganze Bundesgebiet. Die »alten« Bewegungsaktivist_innen und die von Tschernobyl aufgeschreckten Menschen, die sich in den »Becquerel-Initiativen« organisierten, fanden keine gemeinsame Basis. Die einen wollten die historische Chance zum sofortigen Ausstieg mit Aktionen nutzen, während die anderen sich um Aufklärung über den Verstrahlungsgrad der Lebensmittel bemühten. Die Hoffnung darauf, dass Tschernobyl zu einem wahlbestimmenden Faktor werden könnte, hatte sich schon bei der Niedersachsenwahl als falsch herausgestellt – und bei der Bundestagswahl im Folgejahr erlebte die CDU/FDP-Regierungsfraktion tatsächlich nur noch geringe Einbußen.

Der Jahrestag der Katastrophe wird auch in Celle immer wieder genutzt zur Erinnerung an dieses Menetekel und zur immer wieder neuen Mahnung, dass beim Ausstieg aus der Atomenergie jedes Spiel mit der Zeit ein Spiel auf Leben und Tod ist.

